

Digital Services Act / Digital Markets Act (DSA / DMA)

Mast / Kettemann / Dreyer / Schulz

2025

ISBN 978-3-406-80030-6

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Mast/Kettemann/Dreyer/Schulz
Digital Services Act
Digital Markets Act



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

DSA·DMA

Digital Services Act
Digital Markets Act

Kommentar

herausgegeben von

Dr. Tobias Mast

Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Matthias C. Kettemann,
LL.M. (Harvard)**

Universitätsprofessor für Innovation, Theorie und Philosophie
des Rechts, Universität Innsbruck; Leibniz-Institut für Medienforschung
Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Dr. Stephan Dreyer

Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Prof. Dr. Wolfgang Schulz

Professur für Medienrecht und Öffentliches Recht, rechtstheoretische Grundlagen,
Universität Hamburg; Direktor am Leibniz-Institut für Medienforschung
Hans-Bredow-Institut, Hamburg

2024



Zitiervorschlag: MKDS/Bearbeiter DSA Art. ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 80030 6

© 2024 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz, Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Nachdem die EU zuletzt einige Rechtsakte erlassen hatte, die einzelne Phänomene und Problemlagen auf Internetdiensten adressieren, bereitet sie mit den hier kommentierten Verordnungen, dem Digital Services Act (DSA) bzw. Gesetz über digitale Dienste und dem Digital Markets Act (DMA) bzw. Gesetz über digitale Märkte ein breit angelegtes Fundament. Durch sie soll die Internet- und Plattformökonomie nun mit all ihren Auswirkungen auf den Rechtsgüter-, Wettbewerbs-, Verbraucher- und Grundrechtsschutz in den Blick genommen und einer zeitgemäßen Regulierung zugeführt werden.

DSA und DMA sind in einiger Hinsicht erstaunlich. Nicht nur wurden sie in verblüffend kurzer Zeit verabschiedet, es handelt sich auch um die ersten beiden europäischen Rechtsakte, für die sich in Deutschland die englische Bezeichnung etabliert hat. Beide Verordnungen wurden nicht nur zeitgleich entworfen, debattiert und beschlossen; sie waren auch ursprünglich als einzelner Rechtsakt angedacht. In ihrer geltenden Form weisen sie viele Paralleltäten, aber auch erhebliche konzeptionelle Unterschiede auf. In beiden Fällen verspricht das vergleichende Hin- und Herschwenken des Blickes Erkenntnisgewinn.

Daher freut uns im Herausgeberkreis, der sich aus den leitenden Rechtswissenschaftlern des Leibniz-Instituts für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut in Hamburg zusammensetzt, ein einheitliches Werk vorlegen zu können, das DSA und DMA in ebenbürtiger Tiefe und unter Berücksichtigung der Gemeinsamkeiten und Abweichungen behandelt. Dem interdisziplinären Forschungsverständnis unseres Instituts folgend haben wir auf kommunikationswissenschaftliche, ökonomische oder soziologische Forschung verwiesen, wo uns diese dem Verständnis der Regelungen zuträglich erschien.

Wir sind sehr dankbar dafür, dass sich insgesamt über 30 Mitwirkende, sowohl zivilrechtlich als auch öffentlich-rechtlich ausgewiesene Expertinnen und Experten, darauf eingelassen haben, gemeinsam mit uns Wagnis und Mühe einer Erstkommentierung auf sich zu nehmen. Überschattet wird diese Freunde allerdings davon, dass einer der renommiertesten Kenner des Internetrechts, Gerald Spindler, völlig überraschend während der Arbeiten am Kommentar verstarb. Mit ihm verliert das Forschungsfeld einen seiner tragenden Vertreter. Die noch als Alleinautor gefertigte Erstfassung seiner Kommentierungen zum DSA verantwortet dankenswerterweise seit dem Fahnenstadium sein Schüler Andreas Seidel.

Dank gebührt bei einem solchen Projekt aber nicht nur den Autorinnen und Autoren, sondern auch all denjenigen, die teils erhebliche Bürden auf sich genommen haben, um das Werk zu realisieren, ohne dass ihr Name die Fußzeile einer Kommentierung zierte. Allen voran ist hier unsere Lektorin Elisabeth Becker zu nennen, die in kompetenter Voraussicht durch die Unwägbarkeiten des Kommentarprojekts leitete und stets ein offenes Ohr für unsere Fragen sowie ein wachsames Auge auf den Termin- und Fristenkalender hatte. Aber auch unseren studentischen Mitarbeitenden sind wir zu Dank verpflichtet. Hier sind vor allem Mara Barthelmes, Lena Hinrichs und Jonathan Nörz zu nennen. Im redaktionellen Endspurt wurden wir auch von den Innsbrucker Studierenden Tanja Susak, Lisa-Maria Riedl, Johanna Erler und Linus Wörle unterstützt.

Was für jedes Werk zutreffen dürfte, gilt für Erstauflagen ganz besonders: Sie sind trotz aller Mühe nicht fehlerfrei. Wir Herausgeber sind insoweit für Rückmeldungen und Anmerkungen dankbar. Sie können an jeden von uns, im Zweifelsfalle an Tobias Mast (E-Mail: t.mast@leibniz-hbi.de) gesendet werden.

Hamburg, im Januar 2024

*Tobias Mast, Matthias C. Kettemann,
Stephan Dreyer und Wolfgang Schulz*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. iur. Dipl. -Soz. Marion Albers

Professur für Öffentliches Recht, Informations- und Kommunikationsrecht, Gesundheitsrecht und Rechtstheorie, Universität Hamburg

Ref. iur. Caroline Böck

Dissertantin und Projektmitarbeiterin am Institut für Theorie und Zukunft des Rechts, Universität Innsbruck

Prof. Dr. Nadja Braun Binder, MBA

Professur für Öffentliches Recht, Universität Basel

Prof. Dr. Dominik Brodowski

Lehrstuhl für Europäisierung, Internationalisierung und Digitalisierung des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts, Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Johannes Buchheim, LL.M. (Yale)

Qualifikationsprofessur für Öffentliches Recht und Recht der Digitalisierung, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Christoph Busch, Maître en droit

Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht sowie Internationales Privatrecht und Direktor am European Legal Studies Institute, Universität Osnabrück

Dr. Apollo Dimitri Dauag

Lehrbeauftragter Fachbereich Öffentliches Recht, wissenschaftlicher Geschäftsführer e-PIAF (Professur Braun Binder), Universität Basel

Dr. Stephan Dreyer

Senior Researcher Medienrecht & Media Governance, Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Ass. iur. Christina Etteldorf

Wissenschaftliche Referentin am Institut für Europäisches Medienrecht, Saarbrücken

Martin Fertmann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Prof. Dr. Matthias Friehe

Qualifikationsprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht, EBS Universität Oestrich-Winkel

Dr. Simon Gerdemann

Lehrstuhlverwalter vom und Habilitand am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtsvergleichung, Multimedia- und Telekommunikationsrecht, Georg-August-Universität Göttingen

Dr. Katharina Goldberg

Wissenschaftliche Mitarbeiterin/PostDoc, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

Prof. Dr. Jörg Gundel

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Universität Bayreuth

Dr. Amélie Heldt, Maître en droit

Stellvertretende Referatsleiterin (Grundsatzfragen der Digitalpolitik), Bundeskanzleramt; Assoziierte Mitarbeiterin, Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg

JProf. Dr. Katharina Kaesling, LL.M.

Juniorprofessur für Bürgerliches Recht, Geistiges Eigentum, insbesondere Patentrecht, sowie Rechtsfragen der KI, TU Dresden

Bearbeiterverzeichnis

Univ.-Prof. Mag. Dr. Matthias C. Kettemann, LL.M. (Harvard)

Universitätsprofessor für Innovation, Theorie und Philosophie des Rechts, Universität Innsbruck;
Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Dr. Thomas Kienle

Rechtsanwalt im Fachbereich Technologie, Medien & Telekommunikation, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Malte Kramme

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und IT-Recht, Leibniz Universität Hannover

Dr. Simone Kuhlmann

Habilitandin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Dr. Hans Christian Röhl
für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht und Rechtsvergleichung, Universität Konstanz

Prof. Dr. Adrian Künzler

Professor an der University of Hong Kong, Faculty of Law

Prof. Dr. Kai von Lewinski

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medien- und Informationsrecht, Universität Passau

Dr. Tobias Mast

Forschungsprogrammleiter am Leibniz-Institut für Medienforschung
Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Jun.-Prof. Dr. Juliane K. Mendelsohn

Fachgebiet Law and Economics of Digitization, Institut für Volkswirtschaftslehre und
Institut für Recht, Technische Universität Ilmenau

Ref. iur. Martin Müller

Dissertant und Projektmitarbeiter am Institut für Theorie und Zukunft des Rechts,
Universität Innsbruck

Ass. iur. Max Noll

Doktorand am Institut für Völker- und Europarecht, Universität Göttingen

Christian S. Ollig, LL.M., Maître en droit

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Professor Wolfgang Schulz, Professor für Medienrecht
und Öffentliches Recht, rechtstheoretische Grundlagen, Universität Hamburg

Prof. Dr. Jan Oster, LL.M. (Berkeley)

Professur für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht, Medienrecht, Daten- und Digitalisierungsrecht,
Universität Osnabrück

Mag. Emanuel Pohnholzer

Universitätsassistent und Dissertant am Institut für Theorie und Zukunft des Rechts, Universität
Innsbruck

Mag.^a Mag.^a Dr.ⁱⁿ Clara Rauchegger, LL.M.

Assistenzprofessorin für Europarecht und Recht der Digitalisierung, Universität Innsbruck

Prof. Dr. Jörn Reinhardt

Professur für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Digitalisierung, Fachbereich Sozial- und
Kulturwissenschaften, Hochschule Fulda

Junior-Prof. Dr. Hannah Ruschemeier

Juniorprofessur für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Datenschutzrecht/Recht der Digitalisierung,
FernUniversität in Hagen

Prof. Dr. Wolfgang Schulz

Professur für Medienrecht und Öffentliches Recht, rechtstheoretische Grundlagen,
Universität Hamburg; Direktor am Leibniz-Institut für Medienforschung
Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Assoz. Prof. Dr. Stefan Schumann

Rechtsanwalt, München
Institut für Strafrechtswissenschaften, Leiter der Abteilung Unternehmensstrafrecht und
Strafrechtspraxis, Johannes Kepler Universität Linz

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Margrit Seckelmann, M.A.

Professur für Öffentliches Recht und das Recht der digitalen Gesellschaft,
Leibniz Universität Hannover

Dr. Andreas Seidel

Akademischer Rat a.Z., Habilitand am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtsvergleichung, Multimedia- und Telekommunikationsrecht,
Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Gerald Spindler †

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtsvergleichung,
Multimedia- und Telekommunikationsrecht, Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Dan Wielsch, LL.M. (Berkeley)

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Rechtstheorie, Universität zu Köln



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Einleitung	1

Digital Services Act – Erwägungsgründe

Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)

Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand	107
Art. 2 Geltungsbereich	111
Art. 3 Begriffsbestimmungen	128

Kapitel II. Haftung der Anbieter von Vermittlungsdiensten

Art. 4 „Reine Durchleitung“	160
Art. 5 „Caching“	170
Art. 6 Hosting	182
Art. 7 Freiwillige Untersuchungen auf Eigeninitiative und Einhaltung der Rechtsvorschriften	206
Art. 8 Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung oder aktiven Nachforschung	211
Art. 9 Anordnungen zum Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte	219
Art. 10 Auskunftsanordnungen	228

Kapitel III. Sorgfaltspflichten für ein transparentes und sicheres Online-Umfeld

Abschnitt 1. Bestimmungen für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten 245

Art. 11 Kontaktstellen für die Behörden der Mitgliedstaaten, die Kommission und den Vorstand	245
Art. 12 Kontaktstellen für Nutzer der Dienste	251
Art. 13 Gesetzlicher Vertreter	256
Art. 14 Allgemeine Geschäftsbedingungen	261
Art. 15 Transparenzberichtsspflichten der Anbieter von Vermittlungsdiensten	285

Abschnitt 2. Zusätzliche Bestimmungen für Hostingdiensteanbieter, einschließlich Online-Plattformen

Art. 16 Melde- und Abhilfeverfahren	294
Art. 17 Begründung	310
Art. 18 Meldung des Verdachts auf Straftaten	323

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 3. Zusätzliche Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen	347
Art. 19 Ausnahme für Klein- und Kleinunternehmen	347
Art. 20 Internes Beschwerdemanagementsystem	358
Art. 21 Außergerichtliche Streitbeilegung	379
Art. 22 Vertrauenswürdige Hinweisgeber	406
Art. 23 Maßnahmen und Schutz vor missbräuchlicher Verwendung	419
Art. 24 Transparenzberichtsspflichten der Anbieter von Online-Plattformen	432
Art. 25 Gestaltung und Organisation der Online-Schnittstelle	439
Art. 26 Werbung auf Online-Plattformen	448
Art. 27 Transparenz der Empfehlungssysteme	462
Art. 28 Online-Schutz Minderjähriger	472
Abschnitt 4. Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen	503
Art. 29 Ausnahme für Klein- und Kleinunternehmen	503
Art. 30 Nachverfolgbarkeit von Unternehmern	506
Art. 31 Konformität durch Technikgestaltung	518
Art. 32 Recht auf Information	524
Abschnitt 5. Zusätzliche Verpflichtungen in Bezug auf den Umgang mit systemischen Risiken für Anbieter von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen	529
Art. 33 Sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen ...	529
Art. 34 Risikobewertung	543
Art. 35 Risikominderung	551
Art. 36 Krisenreaktionsmechanismus	561
Art. 37 Unabhängige Prüfung	568
Art. 38 Empfehlungssysteme	581
Art. 39 Zusätzliche Transparenz der Online-Werbung	591
Art. 40 Datenzugang und Kontrolle	602
Art. 41 Compliance-Abteilung	622
Art. 42 Transparenzberichtsspflichten	633
Art. 43 Aufsichtsgebühren	639
Abschnitt 6. Sonstige Bestimmungen über Sorgfaltspflichten	649
Art. 44 Normen	649
Art. 45 Verhaltenskodizes	651
Art. 46 Verhaltenskodizes für Online-Werbung	656
Art. 47 Verhaltenskodizes in Bezug auf die Barrierefreiheit	660
Art. 48 Krisenprotokolle	664
 Kapitel IV. Umsetzung, Zusammenarbeit, Sanktionen und Durchsetzung	
Abschnitt 1. Zuständige Behörden und nationale Koordinatoren für digitale Dienste	678
Art. 49 Zuständige Behörden und Koordinatoren für digitale Dienste	678
Art. 50 Anforderungen an Koordinatoren für digitale Dienste	689
Art. 51 Befugnisse der Koordinatoren für digitale Dienste	699
Art. 52 Sanktionen	712
Art. 53 Beschwerderecht	722
Art. 54 Entschädigung	730
Art. 55 Tätigkeitsberichte	735

Abschnitt 2. Zuständigkeit, koordinierte Untersuchungen und Kohärenzmechanismen	742
Art. 56 Zuständigkeit	742
Art. 57 Gegenseitige Amtshilfe	758
Art. 58 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Koordinatoren für digitale Dienste	766
Art. 59 Befassung der Kommission	771
Art. 60 Gemeinsame Untersuchungen	779
Abschnitt 3. Europäisches Gremium für digitale Dienste	785
Art. 61 Europäisches Gremium für digitale Dienste	785
Art. 62 Struktur des Gremiums	794
Art. 63 Aufgaben des Gremiums	804
Abschnitt 4. Beaufsichtigung, Untersuchung, Durchsetzung und Überwachung in Bezug auf Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen	812
Art. 64 Entwicklung von Sachkenntnis und Kapazitäten	812
Art. 65 Durchsetzung von Pflichten der Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen	817
Art. 66 Einleitung von Verfahren durch die Kommission und Zusammenarbeit bei Untersuchungen	825
Art. 67 Auskunftsverlangen	835
Art. 68 Befugnis zur Befragung und Aufnahme von Aussagen	843
Art. 69 Befugnis zur Durchführung von Nachprüfungen	845
Art. 70 Einstweilige Maßnahmen	858
Art. 71 Verpflichtungszusagen	865
Art. 72 Überwachungsmaßnahmen	874
Art. 73 Nichteinhaltung	882
Art. 74 Geldbußen	886
Art. 75 Erweiterte Beaufsichtigung von Maßnahmen zur Behebung von Zuwiderhandlungen gegen in Kapitel III Abschnitt 5 festgelegte Pflichten	901
Art. 76 Zwangsgelder	908
Art. 77 Verjährungsfrist für die Verhängung von Sanktionen	915
Art. 78 Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Sanktionen	926
Art. 79 Anspruch auf rechtliches Gehör und Recht auf Akteneinsicht	929
Art. 80 Veröffentlichung von Beschlüssen	934
Art. 81 Ermessensnachprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union	939
Art. 82 Beschränkung der Anträge auf Akteneinsicht und Zusammenarbeit mit nationalen Gerichten	946
Art. 83 Durchführungsrechtsakte im Zusammenhang mit dem Eingreifen der Kommission	961
Abschnitt 5. Gemeinsame Durchsetzungsbestimmungen	966
Art. 84 Berufsgeheimnis	966
Art. 85 Informationsaustauschsystem	970
Art. 86 Vertretung	973
Abschnitt 6. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte	976
Art. 87 Ausübung der Befugnisübertragung	976
Art. 88 Ausschussverfahren	982

Inhaltsverzeichnis

Kapitel V. Schlussbestimmungen

Art. 89	Änderung der Richtlinie 2000/31/EG	986
Art. 90	Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828	989
Art. 91	Überprüfung	993
Art. 92	Bevorstehenden Anwendung für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen	998
Art. 93	Inkrafttreten und Anwendung	1001

Digital Markets Act – Erwägungsgründe

Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte)

Kapitel I. Gegenstand, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

Art. 1	Gegenstand und Anwendungsbereich	1041
Art. 2	Begriffsbestimmungen	1074

Kapitel II. Torwächter

Art. 3	Benennung von Torwächtern	1109
Art. 4	Überprüfung des Torwächter-Status	1141

Kapitel III. Unfaire oder die Bestreitbarkeit beschränkende Praktiken von Torwächtern

Art. 5	Verpflichtungen von Torwächtern	1151
Art. 6	Verpflichtungen von Torwächtern, die möglicherweise noch durch Artikel 8 näher ausgeführt werden	1216
Art. 7	Verpflichtung von Torwächtern zur Interoperabilität nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste	1286
Art. 8	Einhaltung der Verpflichtungen durch Torwächter	1307
Art. 9	Aussetzung	1321
Art. 10	Befreiung aus Gründen der öffentlichen Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit	1325
Art. 11	Berichterstattung	1332
Art. 12	Aktualisierung der Verpflichtungen der Torwächter	1335
Art. 13	Umgehungsverbot	1340
Art. 14	Verpflichtung zur Unterrichtung über Zusammenschlüsse	1347
Art. 15	Prüfungspflicht	1355

Kapitel IV. Marktuntersuchung

Art. 16	Einleitung einer Marktuntersuchung	1377
Art. 17	Marktuntersuchung zur Benennung von Torwächtern	1385
Art. 18	Marktuntersuchung bei systematischer Nichteinhaltung	1395
Art. 19	Marktuntersuchung in Bezug auf neue Dienste und neue Praktiken	1408

Inhaltsverzeichnis

Kapitel V. Untersuchungs-, Durchsetzungs-, und Überwachungsbefugnisse

Art. 20	Einleitung eines Verfahrens	1420
Art. 21	Auskunftsverlangen	1421
Art. 22	Befugnis zur Befragung und zur Aufnahme von Aussagen	1426
Art. 23	Befugnis zur Durchführung von Nachprüfungen	1429
Art. 24	Einstweilige Maßnahmen	1437
Art. 25	Verpflichtungszusagen	1440
Art. 26	Überwachung von Verpflichtungen und Maßnahmen	1448
Art. 27	Informationen von Dritten	1453
Art. 28	Compliance-Funktion	1457
Art. 29	Nichteinhaltung	1466
Art. 30	Geldbußen	1473
Art. 31	Zwangsgelder	1490
Art. 32	Verjährungsfrist für die Verhängung von Sanktionen	1493
Art. 33	Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Sanktionen	1500
Art. 34	Anspruch auf rechtliches Gehör und Recht auf Akteneinsicht	1502
Art. 35	Jährliche Berichterstattung	1508
Art. 36	Berufsgeheimnis	1509
Art. 37	Zusammenarbeit mit nationalen Behörden	1514
Art. 38	Zusammenarbeit und Koordinierung mit für die Durchsetzung von Wettbewerbsvorschriften zuständigen nationalen Behörden	1519
Art. 39	Zusammenarbeit mit nationalen Gerichten	1535
Art. 40	Hochrangige Gruppe	1547
Art. 41	Ersuchen um Einleitung einer Marktuntersuchung	1550
Art. 42	Verbandsklagen	1552
Art. 43	Meldung von Verstößen und Schutz von Hinweisgebern	1555

Kapitel VI. Schlussbestimmungen

Art. 44	Veröffentlichung von Beschlüssen	1558
Art. 45	Ermessensnachprüfung durch den Gerichtshof	1562
Art. 46	Durchführungsvorschriften	1564
Art. 47	Leitlinien	1569
Art. 48	Festlegung von Normen	1570
Art. 49	Ausübung der Befugnisübertragung	1572
Art. 50	Ausschussverfahren	1575
Art. 51	Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937	1579
Art. 52	Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828	1580
Art. 53	Evaluierung	1580
Art. 54	Inkrafttreten und Geltungsbeginn	1582

Sachverzeichnis	1585
-----------------	------



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG